

Calmer Tagblatt

Nr. 206.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile M. 5.—
Reklamen M. 15.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 5. September 1922.

Wegungspreis: In der Stadt mit Tagelohn M. 210.— vierteljährlich. Postbezugspreis M. 210.— mit Bestellgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Völkerverbund hat in Genf seine 3. Tagung mit nichtsfagen- den Nebenarten eröffnet. Seine bisherige Tätigkeit, bezw. diejenige seines ausführenden Organs, des Völkerverbunds, trägt so offen den Stempel der Ententepolitik an der Stirn, daß vom Völkerverbund in seiner jetzigen Gestalt niemals etwas anderes als einseitige, auf Beherrschung der Welt durch die Alliierten eingestellte Politik zu erwarten ist. In diesem Sinne wird man auch die Ab- rüstungsfrage behandeln, die als „wichtigster“ Punkt der Tages- ordnung gelten darf. Lloyd George will hier ja wieder eine seiner „berühmten“ Reden gegen die Rüstungen — der andern halten.

Die belgischen Delegierten sind gestern nach Berlin abgereist, um dort mit der deutschen Reichsregierung über die Sicherheiten zu beraten, die als Pfänder für die Zulassung von deutschen Schatzwechseln verlangt werden sollen. Der belgische Ministerpräsident hat sich dahin ausgesprochen, daß nur greifbare Sicherheiten angenommen werden könnten. Die Entente will also anscheinend auf Schlech- wegen doch zu ihren Pfändern kommen.

Bei einem Besuch in Kiel anlässlich der Niederdeutschen Woche hat der Reichspräsident wiederholt den Zusammenschluß des ganzen Volkes gegen die Vernichtungspolitik der Entente gefordert.

Im Verkehrsbeirat gab der Reichspostminister gestern die Vorschläge für die neuen Postgebühren bekannt, die gegenüber dem letzten Entwurf nochmals erhöht werden mußten.

Die Jahrestagung des Völkerverbunds.

Eröffnung der ersten Völkerverbundsversammlung.
Genf, 4. Sept. Zur Feier des Beginns der 3. Völkerverbunds- versammlung hatte die Stadt Genf gestern festlich besetzt, ob- gleich das allgemeine Interesse geringer ist als in den Vorjah- ren. Als Auftakt zur Eröffnungsfestfeier fanden gestern ein katho- lischer Festgottesdienst in Anwesenheit des Bischofs von Lausanne und ein Festgottesdienst im protestantischen Münster statt, bei dem der Erzbischof von Canterbury die Predigt hielt. Den Gottesdiensten wohnten zahlreiche Diplomaten und Delegierte bei. Die meisten der an der Völkerverbundsversammlung teilneh- menden Delegierten sind bereits in Genf eingetroffen.

Genf, 4. Sept. Um 11.15 Uhr eröffnete der Vertreter Brasiliens da Gama in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerverbunds die dritte Völkerverbundsversammlung mit einer kurzen Ansprache, in der er der pessimistischen Auffassung, die über den Völkerverbund und seine Lebensfähigkeit verbreitet ist, entgegentrat. Er wies auf die umfassende Tätigkeit hin, die der Bund im Laufe des Jahres entfaltet habe und die im Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs nieder- gelegt sei. Der Völkerverbund sei nicht tot, sondern endgültig in das internationale Leben der Völker eingetreten. Schließlich versuchte er, die Befürchtungen jener zu zerstreuen, die im Völkerverbund einen Ueber- staat sehen und forderte die Versammlung auf, sich nicht entmutigen zu lassen und auf dem beschränkten Wege fortzuschreiten. Am Be- ginn seiner Rede gedachte da Gama des brasilianischen Unabhängig- keitsstaates, der in drei Tagen in seiner Heimat festlich begangen werde. Hierauf wählte die Versammlung eine 10gliedrige Kommissi- on zur Prüfung der Vollmachten und vertagte sich auf den Nach- mittag, um die Wahl des endgültigen Präsidenten der Versammlung vorzunehmen. Die Stimmung unter den Delegierten war ruhig und von der lebhaftesten Geschäftstätigkeit frei, die man in den ersten bei- den Jahren beobachten konnte. Auch die Rede des Präsidenten, der lebhafter Beifall spendet wurde, führte nicht zu den gewohnten Be- geisterter Kundgebungen. Die ganze Sitzung hatte nur 20 Minuten gedauert.

Wahl des Versammlungsvorsitzenden.

Genf, 4. Sept. Die Völkerverbundsversammlung schritt in ihrer heutigen Nachmittagsitzung zur Wahl des Präsidenten. Der Wahlakt wurde vollzogen, ohne daß vorher aus der Versamm- lung Vorschläge gemacht worden waren, da sich die Delegierten bereits vorher auf den Namen des Vertreters von Chile, Ed- wards, chilenischer Gesandter in London, geeinigt hatten. Er wurde mit 42 von 44 abgegebenen Stimmen gewählt. Eine Stimme erhielt der schweizerische Delegierte Motta, eine andere der Delegierte von Uruguay, Blanco. Präsident Edwards hielt hierauf eine längere Ansprache an die Versammlung, in der er ihr tief bewegt seinen Dank für die Wahl aussprach, die er vor allem als eine Ehrung des lateinischen Amerikas auffasse. Am Vorabend der panamerikanischen Konferenz von Santiago werde mit ihm Amerika tiefe Befriedigung über diese Anerkennung der wesentlichen Rolle empfinden, die es nach Ansicht des Völ-

kerbundes im internationalen Streben nach Frieden und Ge- rechtigkeit (?) zu spielen berufen sei. Präsident Edwards kenn- zeichnete dann nach einigen ehrenden Worten für seine Vor- gänger auf dem Präsidentensitz die Aufgabe der diesjährigen Völkerverbundsversammlung folgendermaßen: Sie muß die Festi- gung des bisher Erreichten, vor allem der in den beiden letzten Jahren geschaffenen Völkerverbundsorganismen erzielen. Mit einer distrierten Wendung wies Präsident Edwards auch auf den universellen Charakter des Völkerverbunds hin und schloß unter allgemeinem Beifall mit einem lebhaften Appell an die Mitarbeit aller Delegierten.

Die Saargebietsfrage.

Genf, 5. Sept. Der beratende technische Völkerverbunds- auschuß für Verkehrs- und Transitwesen beschloß, ein Schlichtungsverfahren über den Streitfall zwischen der deutschen Reichsregierung und der Regie- rungskommission des Saargebiets über die Anwendung der Berner Konvention in die Wege zu leiten. Die Kommission beabsichtigt, die Angelegenheit einem fünfgliedrigen Ausschuss zu überweisen, von dem drei Mitglieder durch die Verkehrs- und Transittkommission, die an- deren Mitglieder von der deutschen Regierung und der Regierungs- kommission des Saargebiets ernannt werden sollen.

Anträge der schwedischen Arbeiter für den Völkerverbund.

Stockholm, 3. Sept. Der Kongress der Landesorganisation hat das Landessekretariat beauftragt, erstens die schwedische Re- gierung zu ersuchen, an der Abänderung des Versailler Frie- densvertrags mitzuwirken und darauf hinzuwirken, daß eine Politik zustande kommt, die die Völker zum gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas vereint, und zweitens beim Internationalen Arbeitsbureau eine Unternehmung über die Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland und anderen valuta- schwachen Ländern im Vergleich mit der Vorkriegszeit zu bean- tragen.

Schwedische Stimmen zur Lage.

Stockholm, 3. Sept. Professor Cassel erklärte in einem Inter- view mit einem Vertreter von „Svenska Dagbladet“: Die Lösung des Wiederaufbauproblems wäre auf der Genuefer Konferenz mit der jetzigen deutschen Regierung, die ihre Verpflichtungen loyal er- füllt, dank der englischen und italienischen Bereitwilligkeit möglich gewesen, scheiterte indessen an dem Widerstand Frankreichs. Die En- tente beging den größten Fehler, Rathenau nicht zu führen. Sein Tod trug dazu bei, Deutschland immer mehr in den Abgrund zu trei- ben. — Der Delegierte Schwedens auf der Völkerverbundsversammlung, Reichsgerichtsrat Trygger, äußerte vor seiner Abfahrt nach Genf: Statt des erhofften Friedens ist in Europa ein Unsicherheitszustand eingetreten, der leicht zu einer Katastrophe führen kann. Das alte Gleichgewichtssystem ist formell zwar durch eine internationale Rechts- organisation ersetzt worden, in Wirklichkeit aber durch die Diktate ge- wisser Staaten, die alle einseitig egoistische Interessen verfolgen. Die rücksichtslose Auffassung des Sages „Macht geht vor Recht“ erinnert an die dunkelsten Tage der Menschheit.

Deutschland und der Völkerverbund.

London, 31. Aug. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erinnert daran, daß am Vorabend der Lon- doner Konferenz der Quai d'Orsay seine Vertreter im Ausland angewiesen habe, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren, daß im Falle der Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund gegen den Willen Frankreichs Frankreich sich vom Völkerverbund zurückziehen würde. Nun teilt der gleiche Korrespon- dent mit, daß die französische Diplomatie noch einen Schritt weitergegangen sei. Die Regierungen der kleineren Mächte wur- den gebeten, sich bestimmt zu erklären, ob sie für oder gegen die Zulassung Deutschlands stimmen würden. Die meisten Länder hätten eine sehr diplomatische Antwort gegeben, indem sie darauf hinwiesen, daß die Frage noch gar nicht spruchreif sei, da Deutsch- land um die Zulassung nicht nachgefragt habe.

Der Völkerverbunds- rat als Instrument der Entente.

Danzig muß polnische Kriegsmaterial- und Explosivstofflager dulden.

Genf, 1. Sept. Der Völkerverbundsrat entschied heute in zum Teil dramatisch bewegter Sitzung die für Danzig so außer- ordentlich wichtige Frage des polnischen Kriegsmaterial- und Explosivstofflagers auf dem Gebiet der freien Stadt Danzig und zwar im polnischen Sinne. Er bestätigte die Entscheidung des Völkerverbunds-Kommissars, des Generals Haling, daß ein künftiges Munitionslager auf dem rechten Ufer der großen Weichsel und bis dahin ein vorläufiges Lager auf der Holm-Insel, also in der Stadtdanlage selbst, vorzuziehen. Der lebhafteste nachdrückliche Protest

des Präsidenten der Freien Stadt, Dr. Sahn, der auf die un- geheure Gefährdung der Stadt und ihrer Bewohner durch die ständige Explosionsgefahr hinwies, blieb ohne Wirkung. Diese Gefahr ist, so führte Präsident Sahn aus, umso größer, als das vorläufige Lager auf der Holm-Insel infolge der ungeheuren Kosten für eine Neuanlage zu einer dauernden Anlage und da- her zu einer dauernden Gefahr für Leben und Handel der Dan- ziger Bevölkerung zu werden droht. Auch in der Frage der Ver- waltung des Weichselkaufs, die laut Vorschlag des Völkerverbunds- kommissars, durch den Hafenausschuß erfolgen soll, begnügte sich der Völkerverbundsrat damit, den Beschluß des Kommissars zu bestätigen.

Oesterreichs Existenzkampf.

Wien, 2. Sept. Auf Ersuchen des Ministerrats ist der Bun- deskanzler nach Genf abgereist, um auf der für Mittwoch in Aussicht genommenen Sitzung des Völkerverbunds die Sache Oesterreichs zu vertreten. Der Bundeskanzler machte heute im Ministerrat ferner Mitteilungen über die Maßnahmen, die zum Schutze der inländischen Bevölkerung gegen den Zustrom von valutaunfähigen Ausländern in Vorbereitung sind. Der Ministerrat beschloß eine tunlichste Beschleunigung der Angelegenheit.

Die Reparationsfrage.

Belgien will greifbare Sicherheiten.

Brüssel, 4. Sept. (Agence Belge.) Die Minister Leunis und Jaspar empfingen heute die belgischen Delegierten Dela- croix und Bemelman, sowie den Bankier Philippson, der der belgischen Delegation für Berlin beigegeben wird. Zur Be- ratung standen die Garantien, die man von Deutschland für die Wechsel verlangen will, die Belgien gegeben werden. Theu- nis drückte den Wunsch aus, daß die Verhandlungen mit mög- lichster Beschleunigung geführt werden und daß die belgischen Delegierten, abgesehen von Golddepots, nur solche Garantien annehmen sollen, die eine tatsächliche Bezahlung ermöglichen werden. Die belgischen Delegierten werden am Mittwoch nach Berlin abreisen.

Die Vereinbarungen über die deutschen Sachlieferungen für den Wiederaufbau Frankreichs

Paris, 4. Sept. Marcelle Gouthin hatte eine Unterredung mit dem Senator de Luberjac über die Vereinbarungen, die dieser mit Stinnes getroffen hat. Nach einem Bericht im „Echo de Paris“ habe Stinnes sich verpflichtet, Material zu liefern. Es sei das, erklärte de Luberjac, ein Kontrakt, der, wenn er von beiden Seiten loyal durchgeführt werde, den Wie- deraufbau der zerstörten französischen Städte und Dörfer in besonderer Weise beschleunigen könne. Um den Kontrakt mög- lichst nutzbringend zu verwerten, habe der Verband ein beson- deres Naturallieferungsamt geschaffen.

Der englische Gewerkschaftskongress für Revision des Versailler Gewaltfriedens.

London, 4. Sept. Smillie erklärte in einer Rede in Southport (Lancashire) bei einer Demonstration im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongress, der heute eröffnet wurde, in England ständen Millionen Menschen am Rande des Hungertods und zwar nicht wegen einer Hungersnot, sondern sie hungerten und litten Entbeh- rungen, weil die Staatsmänner Europas die europäischen Probleme nicht im Interesse der Völker geregelt hätten. — An dem Kongress selbst nehmen 800 Delegierte teil, die 5 bis 6 Millionen Arbeiter ver- treten. — Bei der Eröffnung erklärte der Vorsitzende, Walker, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederauflebens des Handels. Mil- lionen von Arbeitern würden im nächsten Winter große Entbehrun- gen leiden. Die Arbeitgeber benutzten die Wirtschaftslage, die schlimm sei und jeden Tag schlimmer werde, als Entschuldigung für ihre Ver- suche, die Löhne herabzudrücken. Sie möchten den Arbeitern auch das Mitbestimmungsrecht bei der Kontrolle der Industrien, in denen sie beschäftigt sind, absprechen. Ueber allen Arbeitern hänge, wie das Schwert an einem Faden, die ewig drohende Arbeitslosigkeit. Dies gereiche den Radikalisten zum Vorteil, die diesen Vorteil bis zur äußersten Grenze ausnützten. Die Arbeitslosigkeit werde in der kom- menden Zeit in erschreckendem Maße zunehmen. Zum Schluß trat Walker für eine Revision des Versailler Friedensvertrags, für die Zurückziehung der Besatzungsheere aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens auf dem Kontinent ein. Die Arbeiter würden nicht immer dulden, nur Figuren in dem Schachspiel zwischen den Regierungen zu sein. Diese Frage sei für sie und ihre Genossen in den anderen Ländern eine Frage des täg- lichen Brots. Sie verlangten, daß sie geregelt werde und würden dies auch durchsetzen.

Ausland.

Reisenstimmung in Athen.

Athen, 5. Sept. Nach dem amtlichen Heeresbericht vom 2. Sept. vollzieht sich die Zuruücknahme der griechischen Truppen auf der ganzen Front ohne feindlichen Druck.

London, 4. Sept. „Evening Standard“ berichtet, daß die griechische Regierung an die Alliierten herangetreten sei, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. In maßgebenden Kreisen in London werde erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna als auch die innere Lage in Athen sehr schlecht sei. Vielleicht würden die Griechen Kleinasien freiwillig räumen. Die Stellung der Athener Regierung sei kritisch. Benizelos habe eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukommen. Zahlreiche griechische Blätter fordern den Rücktritt der Regierung. — Unsere gestern ausgesprochenen Vermutungen, daß die Griechen ihre Abenteuerpolitik in Kleinasien aufgeben wollen, — weil nämlich die Entente jetzt mit den Türken sympathisiert —, dürften durch die obige Meldung Wahrscheinlichkeitswert erhalten.

Interparlamentarische Konferenz.

Wien, 31. Aug. Die Konferenz der interparlamentarischen Union nahm einen Antrag Moutet an, die Arbeiten der Kommission für die Einschränkung der Rüstungen fortzusetzen, ebenso einen Antrag Madison gegen die allgemeine Wehrpflicht. Sodann teilte Generalsekretär Lange mit, daß der zur Beratung der wirtschaftlichen Fragen eingesetzte Unterausschuß den vom Reichspräsidenten Löbe gestellten Antrag angenommen habe. Die übrigen Anträge wurden dem ständigen Ausschuß zur Weiterberatung zurückverwiesen. Ferner wurde beschlossen, die Punkte der Tagesordnung „Parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik“ und „Koloniale Mandate und Völkerbund“ an die nächste Konferenz zu verweisen. Hierauf wurde die Konferenz geschlossen.

Demonstration gegen französische Matrosen in Danzig.

Danzig, 3. Sept. Gestern Abend kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Matrosen des hier liegenden französischen Kriegsschiffes „Marne“. Eine Menschenmenge, die sich rasch angesammelt hatte, versuchte ein Café, in das sich die Franzosen zurückgezogen hatten, zu stürmen, wurde aber von der Polizei daran gehindert. Ein Franzose wurde wegen Tätlichkeiten gegen einen Polizisten verhaftet. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Luftdienst London—Berlin.

London, 4. Sept. Blättermeldungen zufolge steht die Einrichtung eines Luftdienstes zwischen Manchester, London und Berlin unmittelbar bevor. Der Leiter des Dienstes ist Robert Searle von der Daimler Motoren. Wahrscheinlich werden die Flugzeuge von Manchester abfliegen und Zwischenlandungen in Croydon und an noch einem anderen Punkt zwischen Croydon und Berlin vornehmen. Die volle Entfernung beträgt 800 Meilen, die in 6 Stunden zurückgelegt werden soll, während die Reise zu Schiff und auf der Eisenbahn 19 Stunden erfordert. Die Fahrpreise sollen nicht mehr als 10 Prozent teurer sein als die Eisenbahnfahrpreise.

Zum Untergang des chilenischen Passagier-Dampfers.

Santiago de Chile, 31. Aug. Beim Schiffbruch des Dampfers „Itata“ wurden 13 Personen gerettet. Die Zahl der Toten beläuft sich auf ungefähr 300.

Deutschland.

Der Reichspräsident in Kiel.

Kiel, 5. Sept. Im Laufe des gestrigen Nachmittags besichtigte der Reichspräsident die Hafenanlagen und die Industrieanlagen der Stadt Kiel. Später wohnte er der Aufführung des „Hirtentodes“ von Gerhart Hauptmann im Schauspielhaus bei. Auf dem Wege dorthin durchfuhr der Reichspräsident mit seinem Wagen ein Spalier von Fackelträgern, das sich bis zum Rathaus erstreckte. Hier hatten sich wiederum Tausende eingefunden, um den Reichspräsidenten nochmals zu begrüßen. Dieser nahm Gelegenheit, einige Worte an die Menge zu richten und sagte: In ihrer Kundgebung zum Reich und zu seiner Republik liegt das Bekenntnis zu den Bestrebungen, die Demokratie und die Republik zu festigen und zu sichern, ein Bekenntnis zu den Bestrebungen, unser unterdrücktes Vaterland wirtschaftlich und sozial wieder aufzurichten, aber auch ein Bekenntnis zur Abwehr der Vernichtungspolitik unveröhnlicher Machtpolitiker, ein Bekenntnis zum Kampf um unser staatliches und unser wirtschaftliches Dasein, um unser Dasein als Volk und als Staat. In diesem Kampf um unsere Selbstbehauptung werden wir die Mitwirkung aller unserer Volksgenossen brauchen. Deshalb muß der Gedanke einer festgefühten Volksgemeinschaft uns mehr und mehr in Fleisch und Blut übergehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir zu rufen: Die deutsche Republik, das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, sie leben hoch! — Mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch fand die Kundgebung ihren Abschluß. Im Laufe der Nacht begibt sich der Reichspräsident mit dem Reichswehrminister an Bord des Kreuzers „Braunschweig“ zur Teilnahme an den Marineübungen in der Nordsee.

Die preussische Staatsregierung zum Sieg in Oberschlesien.

Berlin, 4. Sept. Die preussische Staatsregierung hat an den Oberpräsidenten in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet: Mit gewaltiger Mehrheit hat sich die ober-schlesische Bevölkerung am 3. September für das Verbleiben beim preussischen Staat ausgesprochen. Die preussische Staatsregierung dankt den Oberschleslern auf das wärmste für diesen Beweis der Treue. Sie wird ihren Stolz darin erblicken, in harmonischer Zusammenarbeit mit der Reichsregierung das Land zu neuer Blüte emporzuführen.

Die katholischen Verbände Bayerns gegen Putzschabichten.

München, 2. Sept. Die Führer der katholischen Verbände wenden sich in einem Aufruf an den Plakatäulen gegen Putzschabichten von rechts. In diesem Aufruf heißt es: „Bei der entsetzlichen wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes, die durch innere Unruhen ins Unheilvolle gesteigert wurde, erklären wir mit Nachdruck dahin wirken zu wollen, daß unsere Verbände Putzschabichten mit allen Mitteln von vornherein bekämpfen und unterbinden. Der Kampf um Bayerns Rechte, um Bayerns Staatlichkeit muß auf dem Wege des Gesetzes und Rechtes ausgefochten werden. In dieser Zeit fürchtbarer innerer und äußerer Not ist jeder Gewaltakt im Innern nicht nur zwecklos, er führt naturgemäß zu einer Verwirrung und damit zu weiterer Verelendung. Unterschieben ist dieser Aufruf an den Plakatäulen vom Süddeutschen katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenverein, von der Zentralgenossenschaft Regensburg (Dr. Heim), von den Frauenbünden, von den katholischen bürgerlichen Vereinen Münchens, vom Bayerischen Bauernverein und von den christlichen Gewerkschaften.“

Zusammenstoß der Berliner Schutzpolizei mit Kommunisten.

Berlin, 3. Sept. Heute nachmittag kam es in Charlottenburg zwischen jugendlichen kommunistischen Demonstranten und Schutzpolizisten zu Zusammenstößen, bei denen nach den bisherigen Feststellungen 4 Personen verletzt wurden. Mehrere Bände von Mitgliedern des kommunistischen Jugendbundes waren morgens nach Pichelsberge gezogen und kehrten nachmittags nach Charlottenburg zurück. Bei dem Zuge durch die Stadt kam es zu verschiedenen Zusammenstößen. Der erste ereignete sich am Bahnhof Nollendorf, wo ein Installateur, der ein Halenkreuz getragen haben soll, von ihnen verfolgt wurde. Sie stürmten in seinen Laden und plünderten ihn aus. In der Sophien-Charlottenstraße wurde durch den langen Zug der Demonstranten der Verkehr der Straßenbahnwagen lahmgelegt. Als der Führer des ersten Wagens durch den Zug hindurchzufahren suchte, wurde er von einem Ordner des Zuges daran gehindert. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, sodaß der in der Nähe postierte Beamte der Schutzpolizei einschreiten mußte. Als er den erregten Ordner mit Hilfe mehrerer Kameraden nach der Wache im Polizeipräsidium brachte, versuchten die Demonstranten, den jungen Mann zu befreien. Sie beschimpften die Beamten, schlugen mit Fahnenstangen auf sie ein und warfen mit Flaschen. Da die Menge, die inzwischen auf mehrere tausend Köpfe angewachsen war, die Polizeibeamten immer mehr bedrängte, machten diese von ihrer Waffe Gebrauch. Als aus der Menge heraus mehrere Schüsse gefallen waren, erschienen mehrere Beamte mit Karabinern, worauf sich die Demonstranten nach und nach zerstreuten.

Maßnahmen gegen Schlemmerei in Preußen.

Berlin, 4. Sept. Als zweite der angekündigten Maßnahmen des preussischen Ministeriums des Innern im Kampf gegen Wucher- und Schlemmerwesen veröffentlicht der amtliche preussische Pressebericht heute zur tunlichst weitgehenden Einschränkung des Ausschankes von geistigen Getränken, sowie des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus eine Verordnung gegen das Ueberhandnehmen der Likörstuben und Bars.

Die Einigungsverhandlungen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen.

Berlin, 4. Sept. Die Parteivorstände der S.P.D. und der U.S.P.D. beraten seit heute Vormittag über die beiden Entwürfe eines gemeinsamen Aktionsprogrammes. An der Beratung nahmen für den sozialdemokratischen Parteivorstand Wels, Hermann Müller, Moltenbuhr, Bartels, Brauns und Pfannkuch, für die Zentralkomitee der U.S.P. Crispian, Hilferding, Ludwig und Dittmann teil. Die Besprechungen nahmen, laut „Vorwärts“ einen durchaus befriedigenden Verlauf. Die Festlegung eines gemeinsamen Aktionsprogramms wird noch im Laufe des Nachmittags zum Abschluß gebracht werden. Dem Münchener Einigungsparteitag soll empfohlen werden, eine Programmkommission einzusetzen, die sodann gemeinsam ein allgemeines Programm schaffen wird.

Berlin, 15. Sept. Bei den gestrigen Verhandlungen der Parteivorstände der S.P.D. und der U.S.P.D. wurde volle Einmütigkeit über das gemeinsame Aktionsprogramm erzielt. Das Programm soll im Laufe des heutigen Tages der Presse beider Parteien zugestellt werden.

Steuerungsmaßnahmen der deutschen Städte.

Berlin, 2. Sept. Nach einer Mitteilung der Geschäftsstelle des Deutschen Städtetags ist der Ernährungsausschuß des Deutschen Städtetags nach Halle einberufen worden. Auch Vertreter verschiedener Reichs- und Staatsminister waren zugegen. Es zeigte sich, daß die Stadtverwaltungen durchweg von dem besten Willen besetzt sind, mit ihren Kräften gegenüber der Valutalockade zu helfen wie einst gegenüber der Kriegsblokkade. Doch können sie in ihrer gegenwärtigen furchtbaren Finanznot nichts unternehmen, ohne Gewährung der nötigen Geldmittel von Reich und Staat. Die Fürsorge könnte sich vor allem erstrecken auf die Armen, die Sozial- und Kleinrentner, Militärentner und Kriegshinterbliebenen. Diesen aber wird vielleicht wirkungsvoller geholfen werden durch Naturalien einschließliche der Heizstoffe, als durch Barunterstützungen. Die Versorgung durch fertiges Essen in Form von Massenportionen wurde übereinstimmend als durchaus unwirtschaftlich bezeichnet. Nur die Erhaltung von Mittelstandsküchen wurde als dringendes Bedürfnis für gewisse Bevölkerungskreise übereinstimmend befürwortet. In der Kartoffelversorgung haben sich die Städte seit dem Vorjahr von eigenen Ge-

schäften zurückgezogen, nur in einigen Städten soll eine Notreserve eingeleitet werden. Die gleichmäßige Verteilung der nächsten Zuckerteile unter die Bevölkerung wird zunächst in einer Form erstrebt, welche die völlige Zwangsmäßigkeit vermeidet. Mit der Beschränkung der Zucker verarbeitenden Zuckerindustrie ist man selbstverständlich einverstanden. Die Fischversorgung ist in der Hauptsache eine Kohlenfrage. Entsprechende Anträge sollen gestellt werden.

Der Entwurf für die neuen Postgebühren.

Berlin, 5. Sept. Vor dem heute zusammengetretenen Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium erklärte Reichspostminister Sieberts die dem Reichsrat bereits zugegangenen Entwürfe betreffend die Erhöhung der Postgebühren als bereits überholt und legte die in den letzten Tagen fertiggestellte Ergänzung dieser Entwürfe vor. Darin sind u. a. folgende Gebühren vorgeschlagen: Postkarten im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 6 Mark; einfache Briefe 4 Mark, bezw. 10 Mark, Auslandsbriefe 20 Mark; Telegrammgebühren im Ortsverkehr pro Wort 3 Mark, im Fernverkehr 5 Mark. Bei den Fernspreckgebühren soll der Zuschlag, der bisher 160 Proz. betrug, auf 700 Proz. erhöht werden. Postanweisungen bis 100 Mark sollen 6 Mark, bis 250 Mark 8 Mark, bis 500 Mark 10 Mark, bis 1000 Mark 12 Mark usw. kosten.

Die Not der Ortskrankenkassen.

Karlsruhe, 4. Sept. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen, dem 1500 Kassen mit rund 10 Millionen Versicherter angehören, hält hier seine 26. Jahresversammlung ab. Es sind gegen 1200 Delegierte anwesend und zahlreiche behördliche Vertreter, darunter der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Kauffmann. Der 6. Ausschuß des Reichstags wurde telegraphisch ersucht, die Krankenversicherungen vor weiteren schweren Erschütterungen zu bewahren. Es wird gefordert, die Grundlohngrenze der Kassenjahre zu erhöhen, andernfalls die Grenze auf 300 Mark festzusetzen, bei Parallelerhöhung laufender Fälle erst 1 Monat nach der Grundlohnerhöhung. Falls schnelle Hilfe ausbleibt, befürchte man die Zahlungs Einstellung vieler Kassen. — Die Schwierigkeiten bei den Krankenkassen bestehen darin, daß die Beiträge nicht entsprechend der Teuerungszunahme und entsprechend den Lohnerhöhungen ebenfalls erhöht werden konnten.

Eine schwere Verletzung.

Berlin, 4. Sept. Gestern Abend gegen 8 Uhr versuchte ein Oberwachmeister der Schutzpolizei einen jungen Mann, der einen Revolver fallen gelassen hatte, festzusetzen. Der Mann hob den Revolver auf und schoß ohne weiteres auf den Beamten, der ins Herz getroffen sofort tot zusammenbrach. Leider gelang es dem Täter, bei der allgemeinen Befürzung zu entkommen.

Verhaftung einer Fälscherbande.

Berlin, 4. Sept. Die Anführer einer Fälscherbande konnten jetzt nach langwierigen Beobachtungen durch die Berliner Kriminalpolizei untrüglich gemacht werden. Sie wurden gestern auf dem Bahnhof Friedrichstraße verhaftet und ihr Gepäck beschlagnahmt. In den Koffern, die nach dem Osten bestimmt waren, waren Schmuckgegenstände im Werte von über einer halben Million Mark, Pelzwaren und Seide verpackt. Die Kriminalpolizei hofft, auch der übrigen Mitglieder der Bande, die auf über 20 Personen geschätzt wird, habhaft zu werden.

Verhaftung eines des Raubmords verdächtigen russischen Oberleutnants.

Delsnig (Vogtland), 1. Sept. Der des Raubmords an dem russischen Oberleutnant Rogatschew bei Brennendorf in Böhmen verdächtige russische Oberst Kaminski wurde gestern nachmittag im D-Zug Plauen—Eger verhaftet. Kaminski, der aus Berlin kam, hatte zwei neue Koffer mit seidnen Kleidern und anderen Waren im Werte von mindestens 500 000 Mark bei sich, mit denen er anscheinend die Grenze überschreiten wollte. Er gibt zu, der Gefugte zu sein, bestritt aber die Mordtat. Kaminski war bereits kürzlich in Plauen zu längerer Freiheitsstrafe wegen Schmuggels verurteilt worden.

Der Zwischenfall in Oberkassel.

Obwohl noch durchaus nicht feststeht, wer die beiden erschossen hat, ob es deutsche oder belgische Zivilisten der Entente, die untereinander nicht immer in bestem Frieden leben, waren, fühlt sich der belgische Kommandeur doch veranlaßt, verschärfte Maßnahmen zu ergreifen, die nur gegen die deutschen Zivilisten gerichtet sind. Der Plazmajor von Oberkassel hat an den Bürgermeister von Oberkassel und an die Delegierten der Rheinlandkommission geschrieben: Ein Verbrechen, das auf Herausforderung der Besatzungsarmee schließen läßt, hat in der Nacht vom 31. August zum 1. September gegen 3 Uhr morgens an einem Posten vor der „Rheinlust“ und einem Sergeanten, beide von der dritten Kompanie, V. Genie, stattgefunden. Ich bezehre mich, deshalb Ihnen von heute an unter Vorbehalt einer anderen vervollständigten Maßregel vorzuschreiben:

1. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens muß jedermann allein gehen und den Bürgersteig verlassen, sobald er auf 50 Meter an einen Wachtposten herangelommen ist, und mindestens zwei Meter vom Bürgersteig entfernt bleiben.

2. Jedermann ist zur Reminis zu bringen, daß Streifposten entandt werden, um sich von der Befolgung der vorgeschriebenen Maßregeln zu überzeugen und um die Herkunft aller Personen festzustellen, die in dem der Verwaltung Oberkassel unterstehenden Bezirk verkehren.“

Die „Post. Ztg.“ erzählt noch: Der Tatort ist von belgischem Militär abgesperrt. Selbst die Düsseldorf-Polizistenbeamten werden nicht herangelassen, so daß sie von den Ermittlungsarbeiten ausgeschlossen sind. Dem Beigeordneten für Oberkassel, Odenkirchen, wurde von der belgischen Besatzungsbehörde eröffnet, falls er bis 6 Uhr abends nicht die Täter nenne, werde er selbst verhaftet werden. Er begab sich um 6 Uhr zum belgischen Kommandanten und ist von diesem Gang nicht mehr zurückgekehrt. Augenzeugen berichten, daß er sofort nach Kreis-

feld abtransportiert beim Regierungs-Raidkanzler umgekehrt.

„D. N. Z.“ welche Aufklärung flüchtig in Deutschland baldigst un-

den. Ob die Ergebnisse haben, falls herrscht ab-

stellt, sondern le-

Wir möchte

Protest gegen

Die Wirt.

Zm Vorjahr

Mit sofortiger

Zur Re

Der Landesv

Die Nordseit

Es war an

„Se, Mäde,

Selbst abtransportiert worden. Der Oberbürgermeister hat beim Regierungspräsidenten, dem Reichskommissar und dem Reichsanwalt um Unterstützung in dieser Angelegenheit nachgesucht.

„D. A. Z.“ bemerkt dazu: Es muß abgewartet werden, welche Auffassung der Vorfall finden wird. Es liegt selbstverständlich in Deutschlands eigenem Interesse, daß diese Klärung baldigst und so objektiv wie möglich erfolgt. Kritik über kann man aber an den beschlossenen Maßregeln, die einfach lindlich und töricht sind und ebenso wirken werden.

Berlin, 5. Sept. Nach einer Düsseldorf Meldung der „Voss. Zeitung“ sind der nach der Erschießung zweier belgischer Sergeanten verhaftete Beigeordnete für Oberklasse Dr. Dönnrichen und der Polizeikommissar Blasius wieder entlassen worden. Ob die Ermittlung zur Feststellung des Mörders etwas ergeben haben, ist nicht bekannt, da die Besatzungsbehörden der Polizeiverwaltung keine Mitteilung darüber machen. Jedemfalls herrscht aber in Düsseldorf die unbedingte Ueberzeugung, daß nach der Lage des Falles sich der Mord nicht, wie behauptet worden ist, als eine Herausforderung der Besatzungsbehörde darstellt, sondern lediglich die Folge eines Wirtshausstreites mit Weibergeschichten im Hintergrund ist.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. September 1922.

Württ. Volkstheater.

* Wir möchten nicht verfehlen, nochmals auf die heute abend stattfindende Aufführung des Lustspiels von L'Arronge „Dr. Klaus“ hinzuweisen. Die Tendenz des Stücks, in dem Pflichtbewußtsein und Pflichterfüllung dem Reiz zu oberflächlichem Vergnügen gegenübergestellt wird, ist gerade für die heutige Zeit geeignet. Die Titelrolle wird von Herrn Brändle gegeben, dessen seitheriges Auftreten eine gute Darstellung dieses vornehmen, tief und ernst empfindenden Charakters gewährleisten dürfte.

Protest gegen Verschärfung der Zwangswirtschaft.

Die Württ. Landwirtschaftskammer erhebt schärfsten Protest wegen der Wiedereinführung bzw. Verschärfung der Zwangswirtschaft, da die Produktion dadurch vollends erlödet und eine Knappheit der bewirtschafteten Waren zwangsläufig herbeigeführt wird. Auch im Interesse der Verbraucher liegt es, daß diese Maßnahmen unterbleiben. Die Kammer hofft, daß der Reichstag der erneuten Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte seine Zustimmung verweigern wird.

Herbstkartoffelversorgung.

Im Vorjahr versuchten zahlreiche Gemeinden, Anstalten und industrielle Betriebe usw., sowie Verbrauchervereinigungen ihren Kartoffelbedarf dadurch zu decken, daß sie Beauftragte zum unmittelbaren Ankauf bei dem Erzeuger auf das Land hinaus sandten. Dies verursachte Kosten und führte zur Bewilligung höherer Preise. Es ist heuer dringend erwünscht, daß sich die Gemeinden, Anstalten, Betriebe und Verbrauchergenossenschaften für die Eindeckung ihres Winterkartoffelbedarfs soweit nur möglich der zum Kartoffelhandel zugelassenen landwirtschaftlichen Organisationen oder Kartoffelhändler bedienen. Dies ist auch deshalb nötig, weil nach den reichsrechtlichen Bestimmungen der unmittelbare Ankauf beim Erzeuger nur noch für die Eindeckung des eigenen Haushaltes gestattet ist, nicht aber für Krankenhäuser, Anstalten, Wirtschaften, Kantinen und ähnliches.

Schülerreisefahrkarten.

Mit sofortiger Gültigkeit ist die Entfernungsgrenze für Schülerreisefahrkarten allgemein auf 150 Kilometer ausgedehnt worden.

Zur Neuregelung der Beamtenbezüge.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Gruppen der geistigen Arbeiter richtete an die Beamtenzentrale nach Berlin ein Telegramm, in dem bei Neuregelung der Beamtenbezüge unbedingt neue Grundgehälter und Beseitigung des ungerecht wirkenden Zulagensystems verlangt wird.

Von rotem Gold ein Kinglein.

Erzählung aus dem Haller Straßenkrieg. Von Hans Keyling.
1. Am Auffahrtstag.

Es war an Himmelfahrt 1515. Auf der Stadt Hall lag das milde Licht der untergehenden Sonne und legte einen feinen, fast weisewollenen Glanz auf die weißen übereinander emporstrebenden Häusern der am rechten Kochertalhang, vor allem aber auf den kühn emporwachsenden noch unvollendeten Bau des Büchsenhauses und den atemberaubenden Turm der Michaelskirche.

Die Nordseite des Weiler Tores stand schon im Abendhatten. In seinem Wächstübchen im Turm sah der alte David und blickte durch eines der kleinen Fenster hinaus. Das alte Gesicht hellte sich zu einem freundlichen Lächeln auf. Dem Tore zu schritt in rotem Rod mit schwarzem Nieder ein Mädchen, auf dem Kopf das artige dunkle Häubchen der Salzfiederswewe. Frohe Gedanken mochten dem Mädchen durch den Kopf gehen; denn das Lichterpiel der Freude flog ihr übers Gesicht, und die Augen leuchteten hell auf. Jetzt hielt sie an, Gesang war zu hören von einem der Gärten am Berghang, und eben verklang die letzte Strophe:

Der Bursche steckt ans Fingerlein
Zur frohen Maienzeit
Von rotem Gold ein Kinglein
Der allerschönsten Maid. — — —

„He, Mäde, reg dich“, rief David das ihm wohlbekannte Mädchen an, „daß dich der Strauß nicht holt“. — Fragend blickte das Mädchen auf. — „Das kann ich dir droben erzählen, gehst doch noch ein wenig mit hinauf“. Sie stiegen zum Turmstübchen hinan, und das Mädchen berichtete erst, daß sie mit

Lohnbewegung im Dargewerbe.

Die Abstimmung der Bauarbeiter und Zimmerer in ganz Württemberg über die Lohnfrage hat die Ablehnung des Schiedspruchs ergeben. Kommt es nicht im Lauf dieser Woche zu einer Einigung, so ist ein Konflikt wahrscheinlich.

Teuerungszulagen für Gemeinderäte und Körperchaftsbeamte.

Nach einem Erlaß des Ministeriums des Innern können zu den Tagelohnern der Gemeinderäte für Dienstverrichtungen außerhalb der Sitzungen Teuerungszulagen gewährt werden, deren Höchstbetrag in großen Städten 305 M (mit dem Tagelohn zusammen 320 M) in mittleren Städten 290 M (300 M) und in den übrigen Gemeinden 273 M (280 M) gewährt werden. Die gleiche Teuerungszulage kann Gemeinde- und Amtskörperchaftsbeamten gewährt werden. Die Sitzungstagelöhner der Gemeinderatsmitglieder, die bisher 15, 10 bzw. 7 M betragen für den vollen Tag, können durch Zulagen ergänzt werden, so daß das Tagelohn samt Zulage höchstens 256 M bzw. 210 bzw. 68 M beträgt, das sind 80, 70 oder 60 Prozent der für Verrichtungen außerhalb der Sitzungen gewährten Bezüge. Zu der Belohnung der nebenamtlichen Verwaltungsaktive mit 9 M Tagelohn tritt eine Zulage bis 75 Prozent der jeweiligen Bezüge der Gemeinderäte. Die Diäten und Reisekosten der Gemeinderäte und Körperchaftsbeamten sollen ebenfalls neu geregelt werden.

Handelsverkehr mit Danzig.

Wie die Handelskammer Stuttgart mitteilt, ist die Wirtschaftssperre des Deutschen Reichs gegenüber der Republik Polen aufgehoben. Es ist somit deutschen Firmen die Möglichkeit gegeben, Waren nach Polen und Danzig zu exportieren. Ueber alle Fragen der Ein- und Ausfuhr unterrichtet bestens die Danziger Wirtschaftszeitung.

Aufhebung der britischen Postanstalten in China.

Die britischen Postanstalten in China werden gegen Ende des Jahres aufgehoben. Wertbriefe, Postanweisungen und Pakete nach China durch Vermittlung dieser Postanstalten sind von jetzt an nicht mehr zugelassen.

Tagung der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

(Stuttg.) Stuttgart, 1. Sept. Am 2. Tag der 36. Reichstagung Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften wurden bei zahlreichem Besuch die Sachvorträge fortgesetzt. Dekonomierat Dr. von Altrock-Berlin, der Direktor der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer sprach über Valutafragen und deren Einfluß auf das Wirtschaftsleben. Er forderte als Voraussetzung für die Wiedereinführung einer geregelten Geld- und Finanzwirtschaft die Herabsetzung und endgültige Regelung der vom Deutschen Reich auf Grund des Versailler Diktats zu leistenden Zahlungen und Sachleistungen wie die Festsetzung erfüllbarer Zahlungsbedingungen, ferner die Gewährung ausländischer Anleihen. Als unerlässlich wurde verlangt: Sparsame Wirtschaft auf allen Gebieten, Beseitigung der Einfuhr überflüssiger Waren, Steigerung der Arbeitsleistungen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens und äußerste Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Dem Genossenschaftswesen fallen bei der Produktionssteigerung wie auf dem Gebiete des Kreditwesens und der Förderung des Bezugs und des Abzuges landwirtschaftlicher Erzeugnisse umfangreiche Aufgaben zu. Der Direktor der pommerischen Landesgenossenschaft, Dr. Hoffmann-Stettin, behandelte das Thema „Die Befriedigung des landwirtschaftlichen Betriebskredits“. Er verlangte, daß nur die für den Betrieb selbst notwendigen Mittel als Kredit in Anspruch genommen werden, daß alle verfügbaren Mittel den Genossenschaften zugeführt, bezüglich des Bankgeheimnisses der frühere Rechtszustand wieder herbeigeführt wird und die Genossenschaften ihr Betriebskapital durch Anpassung der Geschäftsanleihe und Kassumsamen an die Geldentwertung verstärken. Der Betriebskredit für die Landwirtschaft wie für die Sicherheit unserer Volksernährung könne nur durch den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion vor aller Schädigung, durch Förderung der wirtschaftlichen Arbeit der Genossenschaften, durch sachverständige Behandlung der landwirtschaftlichen Produktions-

und Kreditfragen seitens der Regierungen sowie durch Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Arbeitswillen unseres Volkes, erzielt werden, und habe diese Forderungen zur Voraussetzung. Als letzter Redner behandelte Generalsekretär Huber-Stuttgart die genossenschaftlichen Aufgaben bei der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft. Als Grundsatzforderung der genossenschaftlichen Arbeiten bei der Ertragssteigerung wurden bezeichnet: Vertiefung und Verbreitung des genossenschaftlichen Gedankens in der Landwirtschaft, Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der genossenschaftlichen Geld- und Wareninstitute gegenüber den Banken und dem Handel, Bekämpfung jeder Zerplitterung des Genossenschaftswesens, Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens auf dem Lande, Zusammenarbeit mit den staatlichen Landeskulturanstalten, den landwirtschaftlichen Sachverständigen und den Landwirtschaftskammern, Vermeidung jeder bürokratischen Bevormundung und jedes Zwanges seitens der Staatsbehörden sowie Verhinderung einer steuerlichen Benachteiligung der landwirtschaftl. Genossenschaften. Bei der Aussprache kam auch die Frage der Kartoffelversorgung zur Sprache. Seitens des Reichsverbandes der landw. Genossenschaften wird dringend geraten, den Dingen in Ruhe ihren Lauf zu lassen, da bei der reichen Ernte mit einer guten Versorgung gerechnet werden kann. Es würde die größte Gefahr für die Kartoffelversorgung bedeuten, wenn die Pläne für Wiedereinführung der Zwangswirtschaft Wirklichkeit würden.

Der allg. deutsche Beamtenbund für rasche Durchführung der Gesetze zum Schutze der Republik.

(Stuttg.) Stuttgart, 4. Sept. Unter Führung des Abgeordneten Resper (Soz.) wurde eine Abordnung des allgemeinen deutschen Beamtenbundes beim Staatspräsidenten Dr. Sieber vorstellig, um die rasche Durchführung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik im württ. Beamtengesetz zu erreichen. Der württ. Beamtenbund, die größte Organisation der Beamten auf politischer neutraler Grundlage verhält sich bekanntlich ablehnend zu diesem Reichsgesetz, während der sozialdemokratische A. D. R. rascheste Durchführung wünscht. Der Staatspräsident wies darauf hin, daß bei der demokratischen Gesinnung der württ. Beamten die Gefahr von Verfehlungen gegen Staat und Regierung weniger groß sei als in deutschen Norden. Auch in Württemberg werde sich eine einfache Lösung zur gütlichen Beseitigung einer solchen Gefahr finden lassen. Die Abordnung erkannte die Bedenken des Staatspräsidenten nicht an. Sie wird noch einmal beim Staatspräsidenten und Finanzminister vorstellig werden.

Bestrafter Steuerhinterzug.

(Stuttg.) Stuttgart, 4. Sept. Vor dem Schöffengericht hatte sich das deutsch-amerikanische Ehepaar Leins von Degerloch zu verantworten, das dort eine Wirtschaft um 165 000 Mark gekauft, aber heimlich noch eine weitere Zahlung von 600 Dollar geleistet hatte. Die Untersuchung des Finanzamtes stellte die Hinterziehung von Grundwechsellabgaben fest, weshalb das Ehepaar Strafbefehle in 10- und 8facher Höhe des gefährdeten Steuerbetrags, 69 278 M und 55 422 Mark, erhielt. Bei Anrufung der gerichtlichen Entscheidung bestätigte das Schöffengericht die Strafbefehle. Bei Nichtvorbeimlichung der 600 Dollar hätte die Grundwechsellabgabe kaum 7000 Mark weiterbetragen. Nunmehr ist der 18fache Betrag als Steuerstrafe zu leisten.

Tagung der Tabakwarenhändler.

(Stuttg.) Stuttgart, 4. Sept. Auf einer Tagung der württ. Zigarrenhändler sprachen die Landtagsabg. Janßen-Barmen und Will-Hamburg über die Bankrottwirtschaft im Tabakgewerbe. Den Händlern blute das Herz, wenn sie für miserable Rauchmüden, die früher abgelehnt worden wären, 10 Mark und mehr fordern müßten. Mehr als 50 Prozent der im Tabakhandel umgekehrten Gelder würden in die Reichskasse fließen und das Gewerbe so allmählich zu Grunde gerichtet. Die Redner forderten die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Zigarren- und Tabakfabrikanten und eine straffe Organisation.

Inzwischen war der Türmer ans Fenster getreten. „Hättest du nicht gerade gesagt, der Strauß sei durchs Lichter entwichen, ist ich behaupten, er sei gerade dort hinter das Gebüsch geschlüpft“. Er öffnete das Fenster und blickte hinunter. „Eine Schrift steckt am Tor!“ Und er eilte hinunter.

Maria trat ans Fenster. Auch der Bursche kam heran und faßte leicht ihre Hand. „Gelt, am Siedersfest tanzen wir zusammen. Dann mußt du zum Zeichen, daß wir einig sind, das Kinglein hier tragen“, sagte er mit verhaltener Stimme. Maria erschau. Er hatte ihr einen goldenen Ring an den Finger gesteckt, aus dessen weit hervorsteherender kunstvoll getriebener Steinfassung ein blauer Türkis leuchtete. „Der ist zu schön für mich“, erwiderte das erschrockene Mädchen, „er wäre recht für die Frau Stättmeisterin oder eine Frau von den Geschlechtern“. Damit wollte sie ihn abstreifen. „Du mußt ihn behalten, es ist ein Glückstrahl!“ — An Ostern hatte er die Mutter auf einer Wallfahrt zur hl. Maria nach Nieden begleitet und den Ring gefunden. Das zu erzählen, hätte der Sache den Duft genommen. Auf einer Wallfahrt findet man nichts Unrechtes. Plötzlich ging in großem Schwung die Türe, und fast außer Atem kam der Türmer herein. „Da, eine Schrift, lies einmal!“

Freih Henneberg griff begierig nach dem Blatt und las: „Ich, Hans Strauß von Neustet tu Kunth zu Wissen jeternann, daß Hall abfaag und feind auf Tod. Anno Domini 1515 am auffart abend, ...“ Verwundert blickte der Leser auf. War denn Fastnacht? Dies war ja ein regelrechter Absagebrief — eine Kriegserklärung dieses großhüftigen Salzhändlers an die Reichsstadt Hall! Hatte man so etwas einmal gehört! „Das muß ich dem Stättmeister bringen, gehst du auch gleich mit in die innere Stadt, Maria?“ — „Ich will lieber allein heimgehen“, sagte sie erröthend.

(Fortsetzung folgt.)

